



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 69 - Plenarwoche 10. - 14. März 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

1. Intelligente Energie Europa

Für die Fortsetzung des Förderprogramms „Intelligente Energie Europa“ (IEE) stehen rund 47 Mio. € zur Verfügung. Der maximale EU-Zuschuss für ein Projekt liegt bei 75% der Gesamtkosten. Schwerpunkte der aktuellen Ausschreibungsrunde sind u.a.: Energieeffizienz und rationelle Energieverwendung, Nutzung der neuen und erneuerbaren Energien, Initiativen für mehr Energieeffizienz im Transportbereich und alternative Fahrzeugantriebe. Gefördert werden z.B. Pilotaktionen, Studien, Informations- und Ausbildungsmaßnahmen (einschließlich Ergebnisverbreitung), Einrichtung neuer lokaler und regionaler Energiemanagement-Agenturen sowie Zuschüsse zu Veranstaltungen und Konferenzen. Teilnehmen können alle öffentlichen oder privaten Organisationen aus der EU. Die Antragsfrist endet im Sommer 2008. Weitere Informationen unter: http://ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals/index_en.htm
<http://www.fz-juelich.de/ptj/intelligente-energie-europa>

2. Neue Leitlinien für Öffentlich Private Partnerschaften

Anfang Februar hat die Kommission eine Mitteilung zu Auslegungsfragen in Bezug auf die Anwendung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen auf institutionalisierte Öffentlich Private Partnerschaften (IÖPP) veröffentlicht. Grundsätzlich kennt das Gemeinschaftsrecht kein allgemeines, kodifiziertes Regelwerk für IÖPP. Daher stellt die Kommission nun, basierend auf der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, klar, dass auch für dieses von den Kommunen zunehmend genutzte Kooperationsmodell das Vergaberecht gilt. Sie macht deutlich, wie sie die gemeinschaftlichen Bestimmungen für öffentliche Aufträge und Konzessionen im Zusammenhang mit der Gründung und Führung von IÖPP versteht. Ein Kernpunkt der Mitteilung sind Ausführungen, wie ein möglicher Weg zur Gründung einer IÖPP aussehen könnte, der mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar ist. Die Leitlinien sind abrufbar unter: http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/ppp/comm_2007_6661_de.pdf

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Anhebung der Milchquoten um 2% ab

Das EP sprach sich dafür aus, den EU-Mitgliedstaaten zu gestatten, die Milchquoten ab 1. April 2008 auf freiwilliger Basis um 2% anzuheben. Durch den Beschluss können die bereits bestehenden Quoten effizienter genutzt werden. Die Abgeordneten unterstrichen, dass die Milchquoten in der EU nicht ausgeschöpft werden. Die Zahlen für das Quotenjahr 2006/07 zeigen eine Unterschreitung der Quoten um 1,9 Millionen Tonnen. Insgesamt unterschreiten 18 von 27 Mitgliedstaaten ihre nationalen Quoten. Für das laufende Quotenjahr 2007/08 rechnet die EU-Kommission ungeachtet der relativ hohen Milchpreise mit einer Unterschreitung der Quoten um 3 Millionen Tonnen.

2. Reform der EU-Agrarpolitik

Das EP plädierte dafür, die Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) aus dem Jahr 2003 fortzusetzen und die Vereinfachung der GAP weiter voranzutreiben. Die Abgeordneten lehnten eine von der Kommission vorgeschlagene Kürzung der Mittel für Direktzahlungen bis 2013 ab, da diese auch zukünftig als Einkommensgrundsicherung, als Zahlungen für die Erbringung öffentlicher Leistungen sowie als Ausgleich für die im internationalen Vergleich sehr hohen Standards in den Bereichen Umweltschutz, Nahrungsmittelsicherheit, Rückverfolgbarkeit und Tierschutz in Europa unbedingt erforderlich sind. Wichtig ist aber, dass ausschließlich die aktiv agrarisch wirtschaftenden Landwirte gefördert werden. Weiterhin forderten die Abgeordneten die Einführung oder Unterstützung eines gemeinschaftsweiten Rückversicherungssystems für Probleme infolge von Klima- oder Umweltkatastrophen.

3. Mehr Unterstützung für Frauen in ländlichen Regionen

Das EP fordert die Kommission auf, die Hauptgründe und Folgen der Abwanderung aus den ländlichen Gebieten in der EU zu analysieren, denn diese sind von einer alternden Bevölkerung, geringen Bevölkerungsdichte und in einigen Regionen von Entvölkerung besonders betroffen. Zur Steigerung der Attraktivität von ländlichen Gebieten müssen nachhaltiges und integriertes Wachstum sowie neue Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere für Frauen und junge Menschen, gefördert werden. Der Zugang zu den Informations- und Kommunikationstechnologien müsse erleichtert werden.

4. Neue Regeln zur Erhöhung der Flugverkehrssicherheit

Das EP hat nach langen Verhandlungen die neue Luftsicherheits-Verordnung verabschiedet, die auf die Erhöhung der Flugverkehrssicherheit abzielt. Die Verordnung legt gemeinsame Sicherheitsnormen fest, etwa bezüglich der Durchsuchung von Fluggästen und Handgepäck, Zugangskontrollen, Luftfahrzeug-Sicherheitskontrollen sowie Kontrollen von Fracht und Post. Erstmals werden auch Sicherheitsmaßnahmen während des Fluges geregelt, etwa der Einsatz von begleitenden Sicherheitsbeamten ("Sky Marshals") oder das Mitführen von Waffen an Bord. Es steht den Mitgliedstaaten frei, strengere Maßnahmen als in der Verordnung formuliert, anzuwenden. Sie bestimmen selbst, in welchem Umfang die Kosten der Sicherheitsmaßnahmen vom Staat, den Flughafeneinrichtungen, den Luftfahrtunternehmen oder den Nutzern zu tragen sind. Abgaben für Sicherheitskosten müssen so berechnet werden, dass sie nur die entstandenen Kosten decken.

5. Europäisches Parlament für City-Maut und Straßenbenutzungsgebühren

Agrund der kontinuierlichen Zunahme des Verkehrsaufkommens steigen die Emissionen trotz Verbesserungen in der Energie- und CO₂-Bilanz der einzelnen Verkehrsträger. Allein 2005 trug der Sektor mit 24,1 % zur Gesamtmenge der Treibhausgasemissionen der EU bei. Das EP sprach sich daher für eine nachhaltige EU-Verkehrspolitik aus und forderte u.a. eine City-Maut sowie Straßenbenutzungsgebühren.

III. Weitere Themen waren

- Kompromiss zur Errichtung eines Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT)
- Forderung der Nutzung des Potenzials von Biogas
- Debatte zur Vorbereitung des EU-Frühjahrgipfels
- Erklärung zu Geiseln in Kolumbien

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
